

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Verlagsort: Die Wöchentliche Anzeiger Nr. 15 Wg.
Verlagsort: In der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10
In Teuchern, am 22. März 1919.
In Teuchern, am 22. März 1919.
In Teuchern, am 22. März 1919.



Verlagsort: Durch unsere Geschäftsstelle, 100 Wg.
In Teuchern, am 22. März 1919.

Verlagsort: Durch unsere Geschäftsstelle, 100 Wg.
In Teuchern, am 22. März 1919.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 35.

Sonnabend, den 22. März 1919.

58. Jahrgang.

Verständigungs- oder Gewaltfrieden?

Der Vorschlag der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Spa hat gestern abend folgende Note überreicht:

Nach englischen Wäntermedlungen hat Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegation hänge von der inneren Lage Deutschlands ab.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen, Richon, in der wöchentlichen Pariser Pressekonferenz nach übereinstimmenden Meldungen der französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatte über den Vorschlag mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vorschlag, so wie er ausgearbeitet worden sei, nur annehmen oder sie könnten ihn auch ablehnen.

Der Reichsminister des Innern und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission versuchen um baldige Klärung, ob diese Meldungen der englischen und französischen Presse, welche bisher ohne Widerspruch von zuständigen amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen und ob die alliierten und assoziierten Mächte nach diesen Meldungen zu verfahren gedenken.

Reichsminister Erzberger.

Gefährdung der Lebensmittelfuhr.

Ein folgenreicher Beschluß wurde in der Vollversammlung der Seelente aller Chagren gefaßt. Es handelt sich um die Auslieferung unserer Handelsflotte. Bekanntlich hat die Entente in den Waffenstillstandsverträgen gefordert, daß die deutschen Seelente nach Lieberung unserer Flotte in feindlichen Bestimmungen abzugeben seien. Nach zweitägigen Verhandlungen saßen die im Zirkus Busch verammelte Seelente folgende Beschlüsse: Die heutige Vollversammlung der Seelente aller Chagren verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte und macht es allen deutschen Seelenten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf deutschen Schiffen zu bewahren.

Nachdem der Verband der deutschen Meeder und dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der letzten Wochen eingehende Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen stattgefunden. Die Verhandlungen führten erfreulicherweise zu einem guten Resultat, der Tarifvertrag kam zustande.

Eine keine Gruppe radikaler Seelente, im Deutschen Seemannsbund organisiert, suchte dies zu zerören und trat an die Meeder mit der Forderung heran, die Sätze des Tarifvertrages um 100 Prozent zu erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ansfahren.

Der deutsche Seemannsbund suchte die Arbeitswilligen von der Umwertung fernzuhalten, betrie in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seelente auf, sich nicht anwerben zu lassen.

Dieses Verhalten des Seemannsbundes ist das denkbar volksfeindliche; es schädigt nicht nur das deutsche Volk auf das allerheftigste, es legt auch die deutschen Seelente der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten heruntergenommen werden. Das Verhalten des deutschen Seemannsbundes kann daher nicht scharf genug gebremst werden. Es ist von den übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu erwarten, daß sie gegen dieses volksfeindliche Treiben mit allem Nachdruck auftreten.

Halbierung der Regierung.

Die Regierung ist entschlossen, dem Terrorismus des Spartakistischer Deutschen Seemannsbundes, der die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus den deutschen Häfen verhindern will, mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln kräftig zu begegnen. Sie hat bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeitswilligen Seelente des Transportarbeiterverbandes, die gegenüber dem Seemannsbund weitaus in der Mehrheit sind, mit den finanziellen Mitteln gegen Gewalttätigkeiten zu schützen.

Lochmittel für Deutsch-Oesterreich.

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist Ministerpräsident Prof. Lammasch in Paris eingetroffen. Professor Lammasch soll Aufschluß über Deutsch-Oesterreich und die Nationalitäten geben. Ueber den Plan der Neutralisierung Deutsch-Oesterreichs werden noch Einzelheiten mitgeteilt.

Wenn Deutsch-Oesterreich auf den Vorschlag eingeht und auf den Anschlag verzichtet, so wäre die Möglichkeit gegeben, seine Finanzen zu ordnen. Die Eisenbahnen, die von Norden nach Süden führen, sollen internationalisiert werden, ebenso wird die Regelung des Schiffsverkehrs überlassen. An eine Donan-Verordnung ist aber dabei nicht gedacht.

Die Entente würde dafür sorgen, daß die Wirtschaft gelöst, die Versorgung mit Lebensmitteln und Kohlen gesichert würde. In Wien wird zu diesem Zweck eine Kommission eintreffen, um diese Pläne zu prüfen. Die Anschließungsmöglichkeit an das Deutsche Reich wird in harter Weise abgelehnt. Die Frage folgt dem Völkerverbund vorbehalten bleiben.

In den letzten Tagen ist wiederholt über eine Schwärzung Italiens in der Anschließung berichtet worden. Diese letzte Nachricht entbehrt jeder Begründung. Die Haltung Italiens hat in dieser Hinsicht keine Veränderung erfahren, und man sieht in Rom nach wie vor Gedanken des Anschlusses freundschaftlich gegenüber.

Aus Paris wird gemeldet: „Petit Parisien“ teilt mit, daß die französische Regierung den Plan hat, offizielle Beziehungen mit Deutsch-Oesterreich wieder aufzunehmen. Richon hat den französischen Gesandten in Prag, Mille, nach Paris entsandt. Dieser war vor dem Kriege Gesandter in München und soll jetzt zum Gesandten in Wien ernannt werden.

Abwertung der polnischen Forderungen.

Die Verhandlungen der Unterkommission der Deutschen Waffenstillstandskommission mit der internationalen Kommission zur Festlegung der Auslieferungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind am Mittwoch früh in Polen abgebrochen worden.

Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die Forderungen der polnischen Kommission. Diese sollte die Selbstbestimmung dienen für die Paritätskommission. Dieser letzteren war zur Aufgabe gestellt, eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen beiderseits der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in Bezug auf Schutz des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufs und des zivilisierten Rechts zu garantieren. Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensetzen aus je einem von der preussischen Regierung und der internationalen Kommission ernannten Mitglied sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder dem Papst ernannt werden sollte.

Die Alliierten haben demgegenüber eine andere Zusammensetzung empfohlen, nämlich einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooperierende Mitglieder, so daß unter allen Umständen die

Alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Alliierten Vorschlag hieß dann von beiden Seiten bestehen; auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen; auf der Entente-Seite die Wahl des Vorsitzenden der internationalen permanenten Waffenstillstandskommission in Spa zu übertragen.

Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Ueberwiegen der Entente nicht gesichert, während die internationalen Kommission wiederum durch keinen Neutralen und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden ausgewählt werden wollte.

Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag des von polnischer Seite aus zu wählenen Vorsitzenden in besonders einträglicher Form den Polen nahe bringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der internationalen Kommission, Votschafers Rouleus, nicht eingehen zu können glaubte und die Verhandlungen abbrach.

Die Abwertung der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten militärischen Vorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügen.

Arbeiter aufs Land!

Erleichterungen für den Aumag.

Eine Verordnung, die lange erwartet wurde, ist mit sofortiger Gesetzeskraft ergangen. Sie bietet den aufs Land oder in die Forstwirtschaft gehenden Arbeitern neue große Vorteile und soll damit unsere künftige Ernte, die durch den großen Landarbeitermangel außerordentlich gefährdet erscheint, endgültig sichern.

Erwerbslose, die der Gemeinde ihres letzten Wohnortes den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in

der Land- oder Forstwirtschaft übernommen haben und ihren Wohnsitz zu verlegen wünschen, erhalten folgende Vergünstigungen:

1. Freie Fahrt in den Bestimmungsort sowie eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten.

2. Dieselbe erhalten die zur Weiterführung des Haushaltes notwendigen mitreisenden Familienangehörigen, wenn der Gemeinde des letzten Wohnortes nachgewiesen wird, daß auch deren Unterkunft am neuen Wohnort gesichert ist. In diesem Falle wird auch freier Umzug durch die Bahn gewährt, den die Gemeinde, in welcher der Arbeiter zuletzt gewohnt hat, bezahlt.

3. Bleiben aber die Familienangehörigen am letzten Wohnort und gehen nicht mit aufs Land, so bekommen sie, solange der Familienvater auf dem Lande oder in der Forstwirtschaft arbeitet, die Familienunterstützung weiter, und zwar bis zu dem 1/2 fachen der Zuschläge, die als Höchstätze den Familienangehörigen der Erwerbslosen gewährt werden können.

4. Außer dem Lohn haben die auf dem Lande in Selbstverforgung betriebenen Beschäftigten Arbeiter noch das Recht auf Selbstverforgung.

5. Endlich werden die Arbeiter auf dem Lande bei Wänter oder bei sonstiger Mangelung von Land als den Bedarf ihres Haushaltes bevorzugt.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 20. März. Beginn der Sitzung 3 Uhr. Der Vorschlag über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Hauses (1000 Mark monatlich während der Tagung) wird ohne Erörterung in erster Lesung erledigt und in zweiter Lesung angenommen.

Die Weiterberatung der Notverordnung wird fortgesetzt.

Abg. Defer (Dem.): Da die Souveränität bei der Landesversammlung selbst ist, so ist sie auch berechtigt, daß sie der Ministerpräsidenten wählt, der dann die übrigen Mitglieder beruft. Das beantragt wir.

Abg. Graef-Flamm (Dn), befragt einen Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Staatspräsidenten, der das Staatsministerium zu berufen hätte. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir dem Antrage der Demokraten zustimmen.

Abg. Dr. Am Gehhof (Str.): Auch wir behalten die Frage des Staatspräsidenten noch unserer Prüfung vor. Für die Notverordnung genügt die vorgesehene Regelung.

Abg. Dr. Leibig (D. Vpl.) spricht für einen Staatspräsidenten, der die Regierung ernennt.

Abg. Freymuth (Soz.): Wir wollen ein einheitliches Deutschland haben. Diesem idealen Gesichtspunkt widerspricht die Einsetzung von Staatspräsidenten in den Einzelstaaten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) lehnt den Staatspräsidenten ab. Auch den Antrag der Demokraten lehnt man ab, denn er ist eine Hinterlist, durch die der Staatspräsident einschließen kann.

Unter Ablehnung aller Anträge wird darauf § 3 in der Fassung des Entwurfs (Beratung der Regierung durch den Präsidenten der Landesversammlung) ausrich erledigt. § 4 wird unter Ablehnung sämtlicher Änderungen mit einem von dem Abg. Dr. v. Krieg (Dn.) befragten Antrag durch den die Schließung und förmliche Beratung des Landtags ausgeschlossen wird, angenommen.

Abg. Dr. Deuburg (Dn.) beantragt die Aufnahme einer Bestimmung, wonach alle von der vorläufigen Regierung erlassenen Verordnungen der Landesversammlung sofort zur Nachprüfung und Feststellung ihrer Gesetzeskraft vorzulegen sind.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung trägt sich bei dem Erlaß ihrer Verordnungen auf die durch die Revolution geschaffenen Zustände. Wir haben mit unseren Bestimmungen eine Reihe berechtigter Wünsche des Volkes erfüllt, die keinen Aufschub duldeten.

Abg. Dr. Leibig (D. Vpl.): Dringliche Verordnungen zu erlassen, was natürlich die Regierung berechtigt. Nachdem aber die Landesversammlung einberufen war, durfte sie uns nicht mehr vorgehen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Die Verordnungen wurden erlassen, am zutage getretenen Mängeln abzuhelfen.

Abg. Dr. v. Krieg (Dn.) hält es für richtig, daß der Regierung ein gewisses Notverordnungsrecht in einer Zeit zwischen muß, in der die Landesversammlung aus tatsächlichen Gründen nicht zusammentreten kann.

Finanzminister Siebelius: Das ist auch unsere Auffassung. Es schweben zurzeit Verhandlungen wegen Übernahme aller Staatsbahnen auf das Reich. Das soll zu einem bestimmten Termin in dem Wege des Vertrages geschehen. Ist das nicht durchführbar, dann wird die Regelung im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wobei die finanzielle Seite der Sache einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen werden wird.

die Feinde nicht besonders gut abschneiden. Der Geschäftsführer wurde erst aus der Haft entlassen, nachdem die Firma 100 000 Mark Sicherheit gestellt hatte.

Öffentliche Stadtvorordneten-Sitzung

am 20. März 1919.

Anwesend waren sämtliche Stadtvorordnete und Magistratsmitglieder.

1. Die neuwahlgewählten Stadtvorordneten wurden von dem Bürgermeister Zimmermann durch Handschlag verpflichtet und mit folgender Ansprache in ihr Amt eingeführt:

Meine Damen und Herren!

Nachdem ich Grund der Verordnung der vorläufigen Kreislichen Regierung eine Neuwahl der Stadtvorordnetenversammlung durchgeführt worden ist, lasse ich heute die Eide, die Namens der Magistrats in ihr Amt einzuführen. Sie werden vollkommen zu heißen und Ihnen zu ihrem verantwortungsvollen Amte die besten Wünsche zu übermitteln.

Sie stehen heute vor einem geschichtlichen Wendepunkt von hoher Bedeutung. In der Vergangenheit waren wir durch die kommunale Selbstverwaltung, die gerade während des Krieges auf einen außerordentlich wichtigen Lebensfuß gestellt wurde, in der Lage, die Interessen der Bürger zu vertreten. Heute stehen wir vor einer neuen Aufgabe, die wir mit der gleichen Verantwortung zu lösen haben. Ich bin überzeugt, dass Sie, meine Damen und Herren, diese Aufgabe mit der gleichen Hingabe und dem gleichen Eifer zu lösen werden, wie Sie es bei der letzten Wahl getan haben. Ich bin überzeugt, dass Sie, meine Damen und Herren, diese Aufgabe mit der gleichen Hingabe und dem gleichen Eifer zu lösen werden, wie Sie es bei der letzten Wahl getan haben.

Betrifft: Karbidausgabe.

Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Verwaltungsbehörden, dass auf den Karbidabgabechein Nr. 6 der Rechnungsbilanz 10 Fund n Karbid ausgegeben werden. Die Grundmittelfortausgaben werden hiermit erklärt, das Karbid von den bekannten Verkaufsstellen sofort, spätestens bis 31. d. M., abgeholt.

Falls von einzelnen Haushaltungen eine Sonderbeweisung von Karbid gewünscht werden sollte, bitte ich anheim, einen entsprechenden Antrag unter Angabe der benötigten Menge hierzu einzuweisen.

Weißenfels, den 17. März 1919.

Der Landrat.

S. B. Thimich Kreisdeputierter.

Betrifft: Zahlung der Entschädigung für geliefertes Heu und Stroh.

Wegen baldiger Auflösung des im hiesigen Kreisfiskus von der Fa. Gebrüder Rudolph eingerichteten Stroh (Strohzentrale) ersuche ich alle Landwirte des Kreises, welche noch Forderungen an die vorgenannte Firma haben, ihre Ansprüche spätestens bis zum 15. April d. J. geltend zu machen und entsprechende Anträge unter Beifügung der Berechnung an die Strohzentrale, hier, Kreisamt Zimmer Nr. 40, einzureichen. Später eingehende Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Weißenfels, den 18. März 1919.

Der Landrat.

Bartels.

Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:

1. Am 22. März 1919 in den Futterverkaufsstellen Naumann, Jaser, Knapf und Müller auf die Fettmarkte Nr. 45 45 Gramm Speiseöl und zwar:

20 Gramm Butter zum Preise von 16 Pf.

25 Gramm Margarine zum Preise von 11 Pf.

Da ein Teil der Butter erst später eintrifft, erfolgt der Verkauf in den beiden anderen Verkaufsstellen nächsten Dienstag vormittags.

2. Am 22. März 1919 bei der Handelsfrau Vina Naumann auf die Verkaufsummern 671—800 für jede Person 1/2 Pfund Quark zum Preise von 55 Pf.

3. Am 22. März 1919 in dem Schulhaus an der Zelgerstraße auf jede gültige Fleischkarte an die Inhaber der Verkaufsummern 1—250 1/2 Pfund Wurst.

4. In der hiesigen Kartoffelausgabeestelle, „Erfurts Brennofen“ werden an die Inhaber von Kartoffelmarken Nr. 2 für 2 Wochen 10 Pfund Kartoffeln zum Preise von 85 Pf. abgegeben.

Die Ausgabe geschieht:

an die Familienanfangsbüchlein A—H am Montag den 23. 3. 1919 von 9—12 Uhr vormittags und 1—4 Uhr nachmittags,

an die Familienanfangsbüchlein I—P am Dienstag den 24. 3. 1919 von 9—12 Uhr vormittags und 1—4 Uhr nachmittags,

an die Familienanfangsbüchlein Q—Z am Mittwoch, den 25. 3. 1919 von 9—12 Uhr vormittags und 1—4 Uhr nachmittags.

Der Durchgang durch das Erfurter'sche Geschäft ist verboten. Der Ein- und Ausgang zu der Kartoffelausgabeestelle führt nur durch die Erfurter'sche Höhe von der Gartenstraße aus.

Außerdem wird darauf hingewiesen, daß in dieser Woche in den Fleischverkaufsstellen auf die Fleischmarkte Nr. 1 50 Gramm Fleischfett verabfolgt wird.

Leuchern, den 21. März 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Pferdefleisch-Verkauf.

Sonabend, den 22. 3. vormittags an die Inhaber der Verkaufsummern 1001—1200. Bromartenzeichen mitbringen.

Hofschlächtere Ginniger.

Achtung! Schlachtpferde

Vin jederzeit Käufer von Schlachtpferden und zahle wie bekannt hohe Preise.

Notfchlachtungen werden Tag und Nacht erledigt.

Richard Bauer, W. Behner's Nachfolger.
Weißenfels a. S., Marienstr. 164. Telefon 164.

In unserem überwiegen mit Arbeitern bedrängten Städten haben die kommunalen Stellen naturgemäß der Arbeiterfrage die Wichtigkeit beigemessen. Ich vermute, das unsere Arbeitervertreter zweifellos von den rechtlichen Willen befreit sind, die Entwidlung der Stadt in Wege zu leiten, in denen Handel und Verkehr blüht, in denen jeder Einwohner, der tüchtig und redlich um seinen Lebensunterhalt und den Wohlstand seiner Familie bemüht ist, sein Einkommen und sein Lebensglück finden. Das gleiche Maßstab gibt jedoch jedem Stande gleiche Berechtigung. Darum sind auch nach wie vor die Vertreter der Bürgerschaft berufen, am Wohl unseres städtischen Gemeinwesens nach besten Kräften mitzuwirken. Wenn ein städtisches Gemeinwesen gedeihen soll, müssen alle Teile seiner Bevölkerung gleiche Entwidlungsmöglichkeiten haben. In dem Bewußtsein, daß wir hier nicht für das Wohl eines einzelnen Standes zu arbeiten berufen sind, sondern für das Wohl der gesamten Einwohnerschaft, für das Wohl aller unserer Bürger wollen wir heute unsere Arbeit beginnen. Wenn wir das Bestreben zu einander haben, das auch der politische Gegner von seinem Standpunkte aus ehrlich meint, dann werden die verschiedenen politischen Auffassungen kein Hindernis sein, daß wir uns in allen wichtigen und städtischen Lebensfragen verständigen und zum Wohle unserer Stadt miteinander arbeiten.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Damen und Herren, in Ihrem Amte mitzuwirken.

Ich bitte mit durch Handschlag an Eidesstatt die treu und gewissenhafte Führung Ihres Amtes geloben zu wollen.

2. Es wurden gewählt in den Voritzen:

- a) als Stadtvorordnetenvorsteher der Stadtvorordnete Albin Kemme,
- b) als dessen Stellvertreter der Stadtv. Otto Knobloch,
- c) als Schriftführer der Stadt-Sekretär Gehlig,
- d) als Schriftführer-Stellvertreter des Stadtvorordnete Emil Schwarz.

In die verschiedenen Kommissionen wurden gewählt:

- 1. In die Baukommission die Stadtvorordneten Schwarz, Döring und Vogel.
- 2. In die Grenzkommission die Stadtvorordneten Seidel und Köhler und der Bergarbeiter Karl Jakob.
- 3. In die Armenkommission die Stadtvorordneten Selma Walther, Freyher und Döring.
- 4. In die Finanzkommission die Stadtvorordneten Kemme, Schwarz und Scharenberg.
- 6. In den Kommunalsteuer-Ausschuß die Stadtvorordneten

- 5. Genpaul, H. Zimmermann und Otto Knobloch, sowie die Bergarbeiter Hermann Bauer und Karl Jakob.
- 7. In das Stadtparlamentsratatorium die Stadtvorordneten G. Schwarz und H. Weidner.
- 8. In die Krankenhauskommission der Stadtvorordnete Otto Seidel und Frau Hedwig Bröger.
- 9. Die Wahlen zur Stadtvorordneten-Sitzung wurden für gültig erklärt.

Hierauf folgte noch eine geschlossene Sitzung.

Letzte Nachrichten.

Forderungen des Gemeinshubs.

Dresden, 20. März. In einer heute vom Gemeinshub eideswähren Versammlung von Bruno Seelenten aller Chargen wurde beschlossen, die Schiffe auf keinen Fall an England anzulieferen und sie nur fahren zu lassen, wenn die Besatzungen die Sicherung bekommen, daß die Mannschaft an Bord verbleibt.

2000 Soldaten aus Afrika zurückgeführt.

Hamburg, 21. März. Der Dampfer „Ally Richter“ ist heute nachmittag mit Truppen aus der Türkei auf der Erde eingetroffen und bei Groben in Quarantaine gelegt worden. Er wird voraussichtlich vor Sonnabend vormittag nach nach Hamburg kommen. An Bord befinden sich 2000 Mann des afrikanischen Korps.

Berlin, 21. März. In Estlin wurden die auf Grund des Lebensmittellackommens mit der Entente abmontierten deutschen Schiffe mit aller Beifügung zur Ausfahrt fertig gestellt.

General v. Arnim nicht ermordet.

Magdeburg, 21. März. Die Nachricht der französischen Presse, daß General v. Arnim in Aich (Ödömen) ermordet worden sei, ist unzutreffend. Der General befindet sich zur Zeit wohl und munter in Magdeburg.

Kirchliche Nachrichten

am Sonntage Ostl. (28. 3. 19.)

Abf. der Konfirmanten.

Leuchern: Vorm. 9 Uhr Oberpf. Wegmann.

Vorm. 11 Uhr Hr. Wehmann.

Gröben: Nachm. 1 1/2 Uhr Oberpf. Wegmann.

Schellau: 9 Uhr Predigt Hr. Wehmann.

Jam 1. April oder später suche ich unter günstigen Bedingungen

1 Lehrling

Robert Rätber.

Ordnentlich, eheliche

Mädchen

welches Oheim die Schule verläßt, z.

1. od. 15. April geht

H. Hertner, Bäcker, Obernoff.

Ein Mädchen

nicht unter 16 Jahren zum 1. April

nach außerhalb gesucht

Wettin, Gartenstr. 14.

Stube

2 Kammer, Küche und Zubehör für

sofort oder später zu mieten gesucht.

Offerten in d. Geschäftsh. d. St. niederkommen.

Eine Wohnung

bestehend aus Stube, 2 Kammer u.

Küche u. ruhigen Leute zu mieten ge-

sucht u. 1. Juli zu beziehen. An-

gaben an d. Geschäftsh. d. St. erb.

-Bettnässen-

wird geheilt.—Auskunft umsonst.

G. Stackemann, Langwedel-Bremen

Tinte

empfiehlt Otto Lieferenz.

Achtung!

20 leere Fässer

stehen zum Verkauf

Unterm Berge 29 a.

Eine hochtragende

Ziege

ist zu verkaufen

Ostertstraße 17.

Protokollbücher

Schnellhefter

Kassabücher

Löcher

Liniale

zu haben bei

Otto Lieferenz.



Ein Transport
3- und 4-jähriger bester
Oldenburger und
Belgier

solwie
eine tragende 4-jährige

Oldenb.- und Belgier-Stute
und eine Auswahl
1a rein oldenburger 1a und 2jährige
Sengst- und Stutfohlen
stehen unter voller Garantie bei mir zum Verkauf.

Hugo Schumann, Viehgeschäft, Böhlich
Telefon: Hohenmölsen 352.

Maschinist u. Heizer
sofort gesucht
Trocknungsfabrik Teuchern.

Tanzunterricht Teuchern.
Werden Interessenten von Teuchern und Umgegend zur gell. Mitteilung, dass ich auf allgemeinen Wunsch einen
Kursus
eröffne. Derselbe beginnt
Dienstag, den 22. April
abends 6 Uhr für Damen, 7 1/2 Uhr für Herren in Malbers
Gasthof. Gefällige Anmeldungen werden dortselbst entgegengenommen.
Hochachtungsvoll
H. Liebram.

Verpachtung.
Unsere Lokalitäten, als Schäpshaus, Tanz- und Speisesaal, Restauration „Gemüthliche St.“ sollen
Montag, den 24. März 1919
nachm. 4 Uhr im Schäpshaus einzeln oder insgesamt öffentlich verpachtet
werden und werden Buchschreiber eingeladen.
Bedingungen können bei Zimmermeister Reil in Teuchern eingesehen
werden.
Schützenverein Teuchern.

Tinte empfiehlt
Otto Lieferenz.

Musikverein für Teuchern u. Umgegend!
 Zu unserm am **Sonnabend, den 22. März** im
 „Gasthof zum grünen Baum“ stattfindenden
BALL
 verbunden mit **Theater** und **musikalisch-humoristischen**
 Vorträgen ladet ein geehrtes Publikum von
 Stadt und Land ergebenst ein
Der Vorstand.
 — Anfang punkt 8 Uhr. —

Gasthof zum Löwen
 : : **Teuchern** : :
Sonntag, den 23. März 1919 von **mittags 4 Uhr** ab
BALLMUSIK

Vergnügungsverein „Fidelio“, Teuchern.
 Wir erlauben uns, Freunde und Gönner zu unserm
Sonntag, den 30. ds. Mts. im **Gasthof zum Löwen**
 stattfindenden
2. Tanzvergnügen
 verbunden mit **humoristischen Vorträgen** ganz ergebenst
 einzuladen
Anfang 4 Uhr.
 Von 6 Uhr ab während der **Leinwand** erste und weitere
 Vorträge. — Ohne **Leinwand**.
Der Vorstand.
 — Programme hat Stück 10 Pfg. an der Kasse. —

Lichtspiele Weisse Wand.
Sonabend, den 22. und Sonntag, den 23. März.
Vergangenheit rächt sich.
 Drama mit Marie Weber in 4 Akten.
Wenn der Wolf kommt
 Detektiv-Drama in 4 Akten.
Sonntag 2^{1/2} Uhr
Kindervorstellung
 Um gütigen Zuspruch bittet
W. Hühn.

Gasthof Unternessa.
Sonntag, den 23. März
Gr. Frühlings-Ball
 Ergedenkt ladet ein
Der Vorstand. **H. Hoffberg.**
Mittwoch, den 26. März 1919, abends 7^{1/2} Uhr
 im „Gasthof zum Löwen“
Öffentliche

Volkversammlung
Vortrag: Die Einheitschule. (Herr Rektor Langenlamp)
Freie Aussprache.
 Die gesamte Einwohnerschaft von Teuchern und Umg. wird zu dieser
 Versammlung hiermit herzlichst eingeladen.
Lehrerverein Teuchern u. Umg.
Rabatt-Sparverein Teuchern und Umgebung
 Am **Donnerstag, den 27. März** cr. abends **7^{1/8} Uhr**
 findet die **ordentliche**
Mitglieder-Versammlung
 im **Restaurant von W. Zimmermann** statt.
Tagesordnung:
 1. Jahresbericht.
 2. Wahl der Revisoren.
 3. Rechnungslage.
 4. Vorstandswahl.
 5. Verschiedenes.
 Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

: **Gasthaus** :
Unterwerschen
 Zur
BALLMUSIK

Sonntag, den 30. März
 ladet ergebenst ein
E. Hoyme.
Richard Schieck's
 : : **Restaurant** : :
Gräte, Sonnabend u. Sonntag
Sauerbraten
Würstchen
m. Sauerkraut

Rügensphürzen
 blauweiß gestreift und gebuntete
 bunte Mutier, große weite
 Form, gest. Ware,
 per St. **9,80 Mt.**
 Verleitet so lange Vorrat reicht
 in. **Rechn.**
Reisend. Geschäft W. Pfaff, Juchow
Geschäft W. Pfaff, i. G.

Holzverkauf
 Verkauft am **Sonntag, den**
23. März vorm. **10 Uhr** den **Rü-**
raum von
22 Eichen und 10 Birken
 meistbietend gegen **Barzahlung.**
H. Peigisch, Kröffeln.
 Eine noch fast neue

Kommode
 zu verkaufen. In **erhalten** in der
 Geschäftst. ds. Hl.
1 Wohnung
 Küche, Kammer, Küche und **Babys**
 ist zu vermieten und **1. Juli** zu be-
 ziehen **2 a.**
2-3 Morgen Feld
 werden zu **kaufen** gesucht **h. D.**
Strebssame Leute
 welche etwas **Kapital** zur **Verfügung**
 haben, können sich durch **Verkauf** mei-
 ner **Stoffe** ein **nett** **gebundenes Ge-**
 schäft gründen. Näheres durch
Wohlfahrts-Gesellschaft
Mühlentzen i. Thür.

Dank.
 Für die vielen Beweise
 herzlichster Teilnahme beim
 Heimgange unserer innigge-
 liebten Tochter
Erna Spittka
 können wir es nicht unter-
 lassen unseren herzlichsten
 Dank auszusprechen. Insbe-
 sondere danken wir Herrn
 Pastor Leitzmann für die
 trostreichen Worte am Grabe,
 sowie Herrn Lehrer Kubisch.
 Auch danken wir den lieben
 Konfirmanden für den schönen
 Palmzweig, sowie allen Be-
 kannten und Nachbarn für die
 zahlreichen Blumenspenden.
 Dies alles hat unsern Herzen
 wohlgetan.
 Teuchern, den 19. März 1919.
 Die trauernden Eltern
 und Geschwister.

Heute früh 4 Uhr verschied
 nach kurzer Krankheit unsere
 innigstgeliebte Mutter, Gross-
 und Schwiegermutter
Frau Wilhelmine Prager
 im 66. Lebensjahre
 Dies zeigen an
 die trauernden Kinder.
 Teuchern, den 21. März 1919.
 Die Beerdigung findet Mont-
 tag nachmittags **1/4** Uhr statt

Trauerkarten
 zu haben bei
Otto Lieferenz.
Dank.
 Für die Ehrungen und Ge-
 schenke zu unserer
SILBERHOCHZEIT
 sagen wir unsern herzlichsten
 Dank.
 Familie
Otto Schramm und Frau.

Dank.
 Für die vielen Beweise
 herzlichster Liebe und Teil-
 nahme beim Tode und Begrä-
 bniss unseres lieben kleinen
Herbert
 sagen wir allen, die seinen
 Sarg mit prachtvollen Blumen
 schmückten, sowie den Trä-
 gern, die ihn zur letzten
 Ruhe geleiteten, auf diesem
 Wege unsern herzlichsten und
 tiefgefühltesten Dank.
 Teuchern, den 20. März 1919.
 Im tiefsten Leid
Fam. Willi Köthe.
 Ach Vater, wenn die Mutter
 fragt,
 wo ist unser Liebling hin?
 wenn sie weinend, um mich
 klagt,
 so sag, dass ich im Himmel
 bin!

Statt besonderer Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten hierdurch die Trauer-
 nachricht, dass gestern Abend unser treusorgender lieber
 Vater, Gross- und Schwiegervater, der Königl. Steuer-
 Aufseher a. d.
Herr Friedrich Eitze
 im Alter von 92 Jahren
 nach einem arbeitsvollen, reich gesegnetem Leben uns
 allen doch unerwartet sanft und ruhig zur ewigen Ruhe
 eingegangen ist.
 Teuchern, den 21. März 1919.
 Im Namen der Hinterbliebenen.
G. Eitze, Lehrer.
 Beerdigung voraussichtlich Sonntag den 23. März 1919
 nachm. 4 Uhr. Trauerfeier im Hause.

Schmerzliches Gedenken zum Sterbetage meines
 geliebten Sohnes, unseres teuren, unvergesslichen Bruders
 und Bräutigams
Kurt Linke
 Jäger im 4. Jägerbattl, gefallen fürs Vaterland am 23.
 März 1918 bei Bapaume
 In tiefer Trauer
Robert Linke als Vater.
Anna u. Elsa als Schwester.
Anna Eisele als Braut.
 Teuchern, den 23. März 1919.
 Du welkst hin in Deiner Jugendblüte,
 Dein Dasein war ein schöner Maientraum,
 Unsterblich bleibt, was edel in dir glühte,
 Die Hülle nur birgt der Verwesung Raum.

Dank.
 Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teil-
 nahme beim Begräbniss unseres lieben unvergesslichen
 Sohnes und Bruders
Walter Wiedemann
 sagen wir allen herzlichsten Dank. Dank den Jünglingen
 und Jungfrauen und seinen Arbeitskollegen für ihre Be-
 mühungen und erhebende Trauermusik. Dank auch der
 Arbeiter-Jugend für die Blumenspende und allen Freunden
 und Bekannten für den überaus grossen Blumenschmuck.
 Teuchern, den 19. März 1919.
 In tiefer Trauer
Familie Otto Wiedemann
 nebst Grossmutter und Verwandten.

Zurückgekehrt vom Grabe
 unserer viel zu früh dahinge-
 schiedenen, innigstgeliebten
 guten Tochter und Schwester
Elfriede
 können wir nicht unterlassen,
 allen, die ihren Sarg so reich
 mit Blumen schmückten, so-
 wie den werten Jünglingen,
 die sie zur letzten Ruhestätte
 geleiteten, herzlich zu danken.
 Dir aber, liebe gute Tochter,
 rufen wir ein „Ruhe sanft“
 in dein frühes Grab nach.
 Wenn Liebe könnte Wunder
 tun,
 Und Tränen Tode wecken.
 So würde Dich, geliebtes Kind
 Nicht kühle Erde decken.
 Die tieftrauernde Familie
August Brückner.

Dank.
 Für die vielen Beweise,
 herzlichster Liebe und Teil-
 nahme beim Tode und Begrä-
 bniss unserer lieben Ent-
 schlafenen
Frau Emma Plöttner
 geb. Priese
 sagen wir allen auf diesem
 Wege unseren herzlichsten
 und tiefgefühltesten Dank.
 Im Namen sämtlicher
 Hinterbliebenen
 Teuchern, den 21. März 1919.
 Im tiefstem Leid
Karl Plöttner und Kinder.



Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Wochenspreis: Die fünfzehnjährige Abonnements 15 Mk.

Abonnement in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Seestraße 10
Die Preiszahl beträgt 10 Mk. Größere und kleinere Abzüge
müssen am vorhergehenden Tage in ansehnlichen Beträgen sein.

Abdruck in der 2. und 3. Aufl. nach jeder Montag, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Wochenfristiger Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk.
von anderen Orten ins Haus gebracht 1,75 Mk. und durch den
Briefträger 1,74 Mk.

Wochenfristige und monatliche Bezüge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Seestraße 10, auch von anderen Orten und allen
Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 35.

Sonnabend, den 22. März 1919.

58. Jahrgang.

Verständigungs- oder Gewaltfrieden?

Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstands-
kommission in Spa hat gestern abend folgende Note
überreicht:

Nach englischen Botschaftsberichten hat Premier-
minister Lloyd George erklärt, daß der Friedensver-
tragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald
Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe.
Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, über
den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche
Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der
Einberufung der deutschen Delegation hänge von der
inneren Lage Deutschlands ab.

In derselben Zeit hat der französische Minister
des Auswärtigen, Richot, in der wöchentlichen Pariser
Pressekonferenz nach übereinstimmenden Meldungen der
französischen Presse erklärt, daß die Alliierten sich in
keine Debatte über den Vorfrieden mit den Deutschen
einlassen werden. Die Deutschen dürften den Vor-
frieden, so wie er ausgearbeitet worden sei, nur an-
nehmen oder sie könnten ihn auch ablehnen.

Der Reichsminister des Innern und ich als Vor-
sitzender der deutschen Waffenstillstandskommission er-
suchen um baldige Aufklärung ob diese Meldungen
der englischen und französischen Presse, welche bisher
ohne Widerspruch von zuständiger amtlicher Seite ge-
geben sind, als zutreffend anzusehen werden müssen und
ob die alliierten und assoziierten Mächte nach die-
sen Meldungen zu verfahren gedenken.

Reichsminister Erzberger.

Gefährdung der Lebensmittelfuhr.

Streit der Seelente.

Ein folgenreicher Beschluß wurde in der Voll-
versammlung der Seelente aller Chargen gefaßt. Es
handelt sich um die Auslieferung unserer Handels-
flotte. Bekanntlich hat die Entente in dem Waffenstill-
standsvertrage gefordert, daß die deutschen Seelente
nach Überführung unserer Flotte in feindlichen Be-
sitzung übergeben werden sollen. Nach
zweimonatlichen Verhandlungen saßen die im Ver-
traue des Reichs verammelten Seelente folgende Entschlie-
ßung: „Die heutige Vollversammlung der Seelente
aller Chargen verweigert die von der Entente gefor-
derte Auslieferung der deutschen Flotte und macht
es allen deutschen Seelenten und Vorkräften zur Pflicht,
die Arbeit auf deutschen Schiffen zu bewahren.“

Sachamtlich wird hierzu erklärt:

Zwischen dem Verband der deutschen Reederei und
dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der
letzten Wochen eingehende Verhandlungen über ein
neues Tarifabkommen stattgefunden. Die Verhandlungen
führten erfreulicherweise zu einem guten Resultat,
der Tarifvertrag kam zustande.

Eine kleine Gruppe radikaler Seelente im deut-
schen Seemannsbund organisiert, suchte dies zu zer-
stören und trat an die Reederei mit der Forderung
heran, die Höhe des Tarifvertrages um 100 Prozent zu
erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachge-
geben, so würden die deutschen Schiffe nicht an-
fahren.

Der deutsche Seemannsbund suchte die Arbeits-
willigen von der Umwerbung fernzuhalten. Bisher
in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen
ein und forderte die Seelente auf, sich nicht an-
werben zu lassen.

Dieses Verhalten des Seemannsbundes ist das
denkbar schädlichste; es schädigt nicht nur das
deutsche Volk auf das allergrößte, es legt auch
den deutschen Seelente der Gefahr aus, daß sie auf
ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von
den Alliierten heruntergenommen werden. Das Ver-
halten des deutschen Seemannsbundes kann daher
nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Es ist von
den übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu
erwarten, daß sie gegen dieses arbeitseindliche Trei-
ben mit allem Nachdruck auftreten.

Haltung der Regierung.

Die Regierung ist entschlossen, dem Terrorismus
des spartakistischen deutschen Seemannsbundes, der
die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus den deut-
schen Häfen verhindern will, mit den ihr zur Ver-
fügung stehenden Mitteln kräftig zu begegnen. Sie
hat bereits Maßnahmen getroffen, um die arbeits-
willigen Seelente des Transportarbeiterverbandes, die
gegenüber dem Seemannsbund weitest in der Wechs-
heit sind und den staatlichen Nachmitteln gegen
Gewalttätigkeiten zu schätzen.

Lebensmittel für Deutsch-Oesterreich.

Wie in Wiener parlamentarischen Kreisen mit-
geteilt wird, ist Ministerpräsident Prof. Lammasch in
Paris eingetroffen. Professor Lammasch soll Aufschluß
über Deutsch-Oesterreich und die Nationalitäten geben.
Über den Plan der Neutralisierung Deutsch-
oesterreichs werden noch Einzelheiten mitgeteilt.

Wenn Deutsch-Oesterreich auf den Vorschlag eingeht
und auf den Anschluß verzichtet, so wäre die Möglich-
keit gegeben, seine Finanzen zu ordnen. Die Eisen-
bahnen, die von Norden nach Süden führen, sollen
internationalisiert werden; ebenso würde die Regelung
des Schiffverkehrs übernommen. An eine Donau-
förderung ist aber dabei nicht gedacht.

Die Entente würde dafür sorgen, daß die Wirt-
schaftsfrage gelöst, die Versorgung mit Lebens-
mitteln und Kohlen gesichert würde. In Wien
würde zu diesem Zweck eine Kommission eintreffen,
um diese Pläne zu prüfen. Die Anschließungsmöglichkeit
an das Deutsche Reich wird in scharfer Weise abge-
lehnt. Die Frage soll dem Völkerrund vorbehalten
bleiben.

In den letzten Tagen ist wiederholt über eine
Schwenkung Italiens in der Anschlussfrage berichtet
worden. Diese letzte Nachricht entbehrt jeder Begrün-
dung. Die Haltung Italiens hat in dieser Hin-
sicht keine Veränderung erfahren, und man steht in Rom
nach wie vor dem Gedanken des Anschlusses freundschaftlich gegenüber.

Aus Paris wird gemeldet: „Recht Parisien“ teilt
mit, daß die französische Regierung den Plan hat, of-
izielle Beziehungen mit Deutsch-Oesterreich wieder auf-
zunehmen. Richot hat den französischen Gesandten
in Wien, Miste, nach Paris entsandt. Dieser war vor
dem Krieg Gesandter in München und soll jetzt zum
Gesandten in Wien ernannt werden.

Ablehnung der polnischen Forderungen.



Deutschen bei einem zahlenmäßigen Ueberwiegen der
Entente nicht gesichert, während die interalliierte
Kommission wiederum durch keinen Neutralen und
auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden aus-
gewählt wissen wollte.

Von deutscher Seite ist nichts unberührt ge-
blieben, um namentlich den Vorschlag des von polni-
scher Seite aus zu wählenden Vorsitzenden in beson-
ders einbringlicher Form den Polen nahe bringen
zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der
Vorsitzende der interalliierten Kommission, Graf
Roulet, nicht eingehen zu können glaubte und die
Verhandlungen abbrach.

Der Vorschlag der Verhandlungen ist für die deut-
schen Interessen kein Verlust, da auch die von der
Entente gemachten militärischen Vorschläge den deut-
schen Ansprüchen nicht genügen.

Arbeiter aufs Land!

Erleichterungen für den Umzug.

Eine Verordnung, die lange erwartet wurde, ist
mit sofortiger Gesetzeskraft ergangen. Sie bietet den
aufs Land oder in die Forstwirtschaft gehenden Ar-
beitern neue große Vorteile und soll damit unsere
künftige Ernte, die durch den großen Landarbeiter-
mangel außerordentlich gefährdet erscheint, endgültig
sicherstellen.

Erwerbslose, die der Gemeinde ihres letzten Wohn-
ortes den Nachweis erbringen, daß sie eine Stelle in

der Land- oder Forstwirtschaft übernommen haben
und ihren Wohnsitz zu verlegen wünschen, erhalten
folgende Vergünstigungen:

1. Freie Fahrt in den Bestimmungsort sowie
eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten.

2. Dasselbe erhalten die zur Weiterführung des
Hausbaus notwendigen mitreisenden Familienangehör-
igen, wenn der Gemeinde des letzten Wohnortes nach-
gewiesen wird, daß auch deren Unterkunft am neuen
Wohnort gesichert ist. In diesem Falle wird auch
freier Umzug durch die Bahn gewährt, den die Ge-
meinde, in welcher der Arbeiter zuletzt gewohnt hat,
bezahlt.

3. Bleiben aber die Familienangehörigen am letz-
ten Wohnort und gehen nicht mit aufs Land, so bekom-
men sie, solange der Familienvater auf dem Lande
oder in der Forstwirtschaft arbeitet, die Familienunter-
stützung weiter, und zwar bis zu dem 1/2fachen der
Zuzüge, die als Höchstbeträge den Familienangehörigen
der Erwerbslosen gewährt werden können.

4. Außer dem Lohn haben die auf dem Lande in
Selbstverordnungen beschäftigten Arbeiter noch das
Recht auf Selbstverordnungen.

5. Endlich werden die Arbeiter auf dem Lande bei
Nachfragen oder bei sonstiger Beratung von Land für
den Bedarf ihres Haushaltes bevorzugt.

Preussische Landesversammlung.

Berlin, 20. März. Beginn der Sitzung 3 Uhr. Der
Gesamtwahlkörper über die Gewählung einer Entschädigung an
die Mitglieder des Hauses (1000 Mark monatlich während
der Tagung) wird ohne Erörterung in erster Lesung er-
ledigt und in zweiter Lesung angenommen.

Die Weiterberatung der Vorverfassung wird fortgesetzt.

Abg. Dezer (Dem.): Da die Souveränität bei der Lan-
desversammlung selbst ist, so ist sie auch berechtigt, daß sie
den Ministerpräsidenten wählt, der dann die übrigen Mi-
nister beruft. Das beantragt er.

Abg. Graef-Flinck (Dn.) befragt einen Antrag seiner
Partei auf Einsetzung eines Staatspräsidenten, der das
Staatsministerium zu berufen hätte. Sollte unser Antrag
abgelehnt werden, so werden wir dem Antrag der Demokra-
ten zustimmen.

Abg. Dr. Am Gebhof (Str.): Auch wir behalten die
Frage des Staatsoberhauptes noch unserer Prüfung vor.
Für die Vorverfassung genügt die vorgeschlagene Regelung.

Abg. Dr. Leibig (D. Vpt.) spricht für einen Staats-
präsidenten, der die Regierung ernennt.

Abg. Fremuth (Soz.): Wir wollen ein einheitliches
Deutschland haben. Diesem idealen Gesichtspunkt widerspricht
die Einsetzung von Staatspräsidenten in den Einzelstaaten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) lehnt den Staatspräsidenten
ab. Auch den Antrag der Demokraten lehnt er ab, denn
er ist eine Hinterlist, durch die der Staatspräsident ein-
geschleppt kann.

Unter Ablehnung aller Anträge wird darauf § 3 in der
Fassung des Entwurfs (Beratung der Regierung durch den
Präsidenten der Landesversammlung) zurück erhalten.

§ 4a wird unter Ablehnung sämtlicher Änderungen
mit einem von dem Abg. Dr. v. Krieg (Dn.) befragten
Zusatz durch den die Schließung und förmliche Vertagung
des Landtages ausgeschlossen wird, angenommen.

Abg. Dr. Deuberg (Dn.) beantragt die Aufnahme einer
Bestimmung, wonach alle von der vorläufigen Regierung er-
lassenen Verordnungen der Landesversammlung sofort zur
Nachprüfung und Feststellung ihrer Gesetzeskraft vorzulegen
sind.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung trägt sich bei
dem Erfolg ihrer Verhandlungen auf die durch die Revolution
geschaffenen Lasten. Wir haben mit unseren Verhandlungen
eine Reihe berechtigter Wünsche des Volkes erfüllt,
die keinen Aufschub dulden.

Abg. Dr. Leibig (D. Vpt.): Dringliche Verordnungen
zu erlassen, was natürlich die Regierung berechtigt. Nach-
dem aber die Landesversammlung einberufen war, dürfte sie
uns nicht mehr vorzählen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Die Verhandlungen wurden
erlassen, um zutage tretenden Mängeln abzuhelfen.
Abg. Dr. v. Krieg (Dn.) hält es für richtig, daß der
Regierung ein gewisses Notverordnungsrecht in einer Zeit
zwischen muß, in der die Landesversammlung aus tatsäch-
lichen Gründen nicht zusammentreten kann.

Finanzminister Siebelius: Das ist auch unsere Auf-
fassung. Es schweben zurzeit Verhandlungen wegen Ueber-
nahme aller Staatsanleihen auf das Reich. Das soll in
einem bestimmten Termin in dem Wege des Vertrages ge-
schehen. Ist das nicht durchführbar, dann wird die Regel-
ung im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wobei die
finanzielle Seite der Sache einem unparteiischen Schieds-
gericht übertragen werden wird.